

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Münzenmaier und der
Fraktion der AfD
– Drucksache 20/14334 –**

Aktuelle Entwicklung der Bundeswehr am Standort Koblenz**Vorbemerkung der Fragesteller**

Die Stadt Koblenz kann auf eine lange Tradition als Garnisonsstadt zurückblicken. In den vergangenen Jahrzehnten erlebten die Stadt Koblenz sowie auch das Land Rheinland-Pfalz (das Bundeswehrzentralkrankenhaus, BWZK, ausgenommen) jedoch diverse Stellenabbauten im Bereich der dortigen Dienststellen der Bundeswehr, was auch aufgrund des davon berührten örtlichen Wirtschaftsfaktors für Unverständnis sorgte (vgl. rp-online.de/politik/aerger-u-eben-abbau-bei-der-bundeswehr_aid-8460651; publik.verdi.de/ausgabe-2011-11/meilenstein-bedeutet-stellenabbau/; www.sueddeutsche.de/politik/verteidigungsminister-stellt-reformplaene-vor-bundeswehr-schliesst-31-standorte-1.1173468). Laut Medienberichten avisierte das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) im Jahr 2022 eine Summe von 900 Mio. Euro, die zukünftig in Koblenz investiert werden sollen, davon 340 Mio. Euro für den Ausbau des dortigen BWZK (vgl. www.bundeswehr.de/de/organisation/infrastruktur-umweltschutz-und-dienstleistungen/aktuelles/ausbau-zentralkrankenhaus-geht-vora-n-5806076; www.tv-mittelrhein.de/mediathek/news/1581/Bundeswehr_900_Millionen_Euro_fuer_Standort_Koblenz.html).

Im Sommer 2024 konnten sich Fachbesucher und Militärangehörige auf der Fachmesse der Rüstungsindustrie – „Rü.Net“ – in Koblenz ein Bild von aktueller Wehrtechnik machen, wobei die Messe ein sehr positives Echo dahin gehend erhielt, die Chancen der Stadt Koblenz zu betonen, sich auch zukünftig als überregionalen Standort der Branche zu präsentieren (vgl. www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/ruestungsmesse-rue-net-waffenindustrie-zeigt-neuheiten-bei-messe-in-koblenz-100.html).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung nimmt die Vorbemerkung der Fragesteller zur Kenntnis. Sie stimmt weder den darin enthaltenen Wertungen zu noch bestätigt sie die darin enthaltenen Feststellungen oder dargestellten Sachverhalte.

Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung des parlamentarischen Informationsanspruchs des Deutschen Bundestages zu der Auffassung gelangt,

dass eine vollständige Beantwortung der Fragen 2 und 3 in offener Form nicht erfolgen kann.

Die Einstufung der Anlage als Verschlussache mit dem Geheimhaltungsgrad „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ ist im vorliegenden Fall im Hinblick auf das Staatswohl erforderlich.

Nach § 3 Nummer 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (Verschlussachenanweisung [VSA]) sind Informationen, deren Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein können, entsprechend einzustufen.

Deshalb wurde gemäß dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) und VSA die Anlage als Verschlussache des Geheimhaltungsgrades „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft und dem Deutschen Bundestag in gesonderter Anlage zugeleitet. Eine zur Veröffentlichung bestimmte Anlage würde mögliche Rückschlüsse auf infrastrukturelle Defizite im Bereich von militärischen und zivilen Dienststellen der Bundeswehr, welche grundsätzlich als schutzbedürftige Einzelmaßnahmen betrachtet werden, zulassen.

1. Ist die von der damaligen Bundesministerin der Verteidigung gegenüber Pressevertretern (siehe Vorbemerkung der Fragesteller) genannte Summe von 900 Mio. Euro zur Investition für den Bundeswehrstandort Koblenz noch aktuell?

Die Summe hat sich aufgrund von zusätzlichen Bauaufgaben und Baupreisseiterungen erhöht. Aktuell sind für den Standort Koblenz insgesamt Investitionen von rund 1 Mrd. Euro eingeplant.

2. Welche Investitionen befinden sich im Zuge von Bauprojekten bzw. der Einrichtung oder Verlagerung von Dienststellen bereits in der Realisierung (bitte nach Investitionsvorhaben, konkreten Investitionssummen und Fortschritten hinsichtlich des Umsetzungsstandes darstellen)?

Der Planungs- und Ausführungsstand der einzelnen Maßnahmen ist unterschiedlich. Es wird auf die als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestufte Anlage verwiesen.*

3. Welche Investitionen in den Standort Koblenz sind für die nächsten acht Jahre geplant (bitte nach Investitionsvorhaben, konkreten Investitionssummen und Fortschritten hinsichtlich des Umsetzungsstandes darstellen)?

In den nächsten acht Jahren sollen an den Standorten Koblenz und Lahnstein ca. 962 Mio. Euro investiert werden. Darüber hinaus wird auf die als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestufte Anlage verwiesen.*

* Das Bundesministerium der Verteidigung hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

4. Wie viele Soldaten der Bundeswehr werden zum Stichtag 1. Januar 2025 (hilfsweise zum letzten Stand der Erhebung) im Rahmen regulärer Dienstposten in Koblenz stationiert sein?

Am Standort Koblenz sind aktuell ca. 2 600 Dienstposten für Soldatinnen und Soldaten ausgebracht.

5. Ist geplant, Einheiten der kämpfenden Truppe bzw. der Kampftruppen (z. B. Jäger- oder Panzergrenadiere) in Koblenz zu stationieren (sofern dies geplant ist, bitte ausführen welche Einheiten und in welcher Stärke)?

Es ist derzeit nicht beabsichtigt, Kampftruppen am Standort Koblenz zu stationieren.

6. Ist derzeit die erneute Einrichtung eines Feldjägerdienstkommandos in Koblenz bzw. der Großregion Koblenz im Aufbau befindlich oder ist eine solche geplant?

Es befindet sich derzeit weder ein Feldjägerdienstkommando am Standort Koblenz bzw. der Großregion Koblenz im Aufbau noch ist dieses geplant.

7. Welche Pläne liegen ggf. hinsichtlich inhaltlicher Ausrichtung, personeller Ausstattung und räumlich-bautechnischer Weiterentwicklung bzw. Standortverlagerung für die Wehrtechnische Studiensammlung (WTS) vor (bitte mit etwaig geplantem Zeithorizont darlegen)?

Die Wehrtechnische Studiensammlung wird am Standort Koblenz unter Beibehaltung der öffentlichen Ausstellung, der inhaltlichen Ausrichtung und des Personalaufwandes weiterbetrieben. Es ist grundsätzlich beabsichtigt, den Sammlungsbestand, der nicht Teil der öffentlichen Ausstellung ist, im Umfang zu verkleinern, um insgesamt den Infrastrukturbedarf der Wehrtechnischen Studiensammlung zu reduzieren. Ein Zeithorizont kann gegenwärtig nicht genannt werden.

8. Welche Pläne liegen ggf. hinsichtlich personeller Ausstattung und räumlich-bautechnischer Weiterentwicklung für das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) vor (bitte mit etwaig geplantem Zeithorizont darlegen)?

Die aktuelle Stationierung des BAAINBw sieht eine Unterbringung an den Standorten Koblenz und Lahnstein in insgesamt drei Liegenschaften vor. Zusätzlich wird derzeit eine räumlich-bautechnische Weiterentwicklung verschiedener Varianten untersucht. Mögliche Zeitlinien für entsprechende infrastrukturelle Maßnahmen und Personalaufwände am Standort Koblenz sind vom Ergebnis dieser Untersuchung abhängig.

9. Welche Pläne liegen ggf. hinsichtlich inhaltlicher Ausrichtung, personeller Ausstattung und räumlich-bautechnischer Weiterentwicklung für das Zentrum Innere Führung (ZInFü) der Bundeswehr vor (bitte mit etwaig geplantem Zeithorizont darlegen)?

Das Zentrum Innere Führung (ZInFü) setzt sich für die Weiterentwicklung, Gestaltung und Vermittlung der Inneren Führung ein. Seine Expertise, Kompeten-

zen und das Leistungsangebot bilden den Rahmen für Bildung und Zertifizierung aller Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in allen Fragen und Handlungsfeldern der werteorientierten Führungs- und Organisationskultur. Gleichzeitig ist das ZInFü die zentrale Bildungsinstitution zur Weiterentwicklung individueller Führungskompetenzen. Zur Umsetzung dieses Auftrags stehen dem Zentrum am Standort Koblenz derzeit ca. 130 militärische und 70 zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Infrastrukturell sind kurzfristig (Baubeginn frühestens 2025) Maßnahmen zur Modernisierung, Anpassung an rechtliche Vorgaben und zum Bauerhalt sowie die Installation von zusätzlichen Brandschutzeinrichtungen geplant. Mittel- bis langfristig sind die Sanierung des Trinkwassernetzes sowie der Neubau eines Stabsgebäudes innerhalb der Liegenschaft „General Ulrich de Maiziere – Campus“ geplant.

10. Welche Dienststellen der wehrtechnischen Erprobung und Prüfung gibt es derzeit in Koblenz, und welche weitere Entwicklungsplanung liegt für diese vor (bitte nach Dienststelle, personeller Ausstattung und Aufgabenfeldern darstellen)?

Am Standort Koblenz ist der Geschäftsbereich 400 (Pionier- und Truppentechnik) der Wehrtechnischen Dienststelle für landgebundene Fahrzeugsysteme, Pionier- und Truppentechnik (WTD 41), deren Hauptsitz sich in Trier befindet, mit derzeit rund 90 Dienstposten stationiert. Weitere Entwicklungsplanungen bestehen für diesen Bereich aktuell nicht.

11. Wann hat in den letzten zwei Jahren ein persönliches Treffen zwischen dem Koblenzer Oberbürgermeister David Langner und Spitzen des BMVg stattgefunden, und zu welchen Ergebnissen führten diese Konsultationen, sofern sie stattgefunden haben (bitte nach Möglichkeit nach Gesprächspartner, Zeitpunkt des Treffens und Themen aufschlüsseln)?

Am 9. Dezember 2024 fand im Rahmen des „5. Runden Tischs“ anlässlich des weiteren Vorgehens bei der Sanierung des Koblenzer Hofes ein Gespräch mit folgenden Personen statt:

Oberbürgermeister der Stadt Koblenz, Amtsleiter Wirtschaftsförderung Stadt Koblenz, MdB Josef Oster, Kasernenkommandant Rheinliegenschaft, Standortältester Bundeswehr Koblenz/Lahnstein, Vertreter Bundesministerium der Verteidigung, Präsident Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Vertreter Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Eine Dokumentation der Ergebnisse ist noch nicht abgeschlossen.

Am 17. Juni 2024 fand ein Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Herrn Thomas Hitschler, mit dem Oberbürgermeister der Stadt Koblenz, Herrn David Langner, zum Thema „Mögliche Kooperation des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein (GKM) mit dem Bundeswehrzentralkrankenhaus Koblenz“ statt.

Am 20. Dezember 2023 fand ein Gespräch zum aktuellen Stand der Machbarkeitsstudie der Immobilie Koblenzer Hof mit folgenden Personen statt:

Oberbürgermeister der Stadt Koblenz, Amtsleiter Wirtschaftsförderung Stadt Koblenz, MdB Josef Oster, Kasernenkommandant Rheinliegenschaft, Standortältester Bundeswehr Koblenz/Lahnstein, Vertreter Bundesministerium der Verteidigung, Vertreter Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

12. Welche öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr, zu denen Vertreter der Politik, Wirtschaft, Vereine und anderer gesellschaftlich relevanter Organisationen eingeladen werden sollen, sind für das Jahr 2025 in der Stadt Koblenz, im Kreis Mayen-Koblenz, im Westerwaldkreis, im Rhein-Lahn-Kreis sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis geplant?

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist als öffentliche Veranstaltung der Tag der Bundeswehr in Diez am 28. Juni 2025 geplant. Über alle Dienststellen der Bundeswehr betrachtet liegt dem BMVg noch keine abschließende Gesamtplanung mit Blick auf öffentliche Veranstaltungen in der Stadt Koblenz, im Kreis Mayen-Koblenz, im Westerwaldkreis, im Rhein-Lahn-Kreis sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis für das Jahr 2025 vor.

Seitens BAAINBw sind für das Jahr 2025 am Standort Koblenz (und Umgebung) keine eigenen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen geplant.

13. Sind für den Großraum Koblenz öffentliche Gelöbnisse in Koblenz für das Jahr 2025 geplant?

Im Jahr 2025 sind gegenwärtig keine öffentlichen Gelöbnisse in Koblenz vorgesehen.

14. Wie bewertet die Bundesregierung derzeit die Situation betreffend die Durchführung öffentlicher Gelöbnisse in Bezug auf Sicherheit, Akzeptanz in der Bevölkerung sowie hinsichtlich des militärischen und kameradschaftlichen Nutzens (bitte ausführen)?

Öffentliche Gelöbnisse bieten gute Gelegenheiten, die Wahrnehmung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit zu steigern. Sie leisten damit gleichsam einen Beitrag, für das Erfordernis einer einsatzbereiten Bundeswehr im Kontext der Zeitenwende bundesweit und bevölkerungsnah zu werben und das Bewusstsein für die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Verteidigung Deutschlands zu schärfen. Umgekehrt kann die öffentliche Anteilnahme an den Gelöbnissen dazu beitragen, das berufliche Selbstverständnis der Rekrutinnen und Rekruten zu stärken und die Bedeutung und Verantwortung des abzulegenden Eides zu verdeutlichen. Großveranstaltungen solcher Art bedürfen hinsichtlich Absicherungsmaßnahmen stets eines erhöhten organisatorischen Aufwandes, den es in jedem Einzelfall abzuwägen gilt.

15. Sind der Bundesregierung im Bundesgebiet solche Fälle bekannt geworden, in denen Vertreter der örtlichen Kommunalvertretung bzw. örtlich zuständiger Behörden Einwände oder verwaltungsrechtliche Bedenken gegen die Durchführung öffentlicher Gelöbnisse vorgetragen oder gar Maßnahmen zur Verhinderung eines solchen Gelöbnisses eingeleitet haben (wenn ja, bitte auch unter Nennung der etwaig handelnden Körperschaften bzw. Behörden ausführen)?

Solche Fälle sind dem BMVg nicht bekannt.

16. Gibt es seitens der Bundesregierung Pläne, öffentliche Militärparaden in die Öffentlichkeitsarbeit und zum Zwecke der Verdeutlichung der Verbundenheit zwischen Volk und Parlamentsarmee zukünftig miteinzubeziehen und entsprechende Reformen vorzunehmen (sofern dies der Fall ist, bitte ausführen, inwieweit der Standort Koblenz in derartige Pläne einbezogen ist)?

Für den im Sinne der Fragestellung genannten Zweck dienen die in der Öffentlichkeit durchgeführten Gelöbnisse sowie Großen Zapfenstreichs.

17. Ist der Bundesregierung bekannt, ob Vertreter der Bundeswehr, des BAAINBw oder des Bundesverteidigungsministeriums die Messe „Rü.Net“ 2024 in Koblenz in dienstlichem Auftrag besucht haben, und wenn ja, welchen Nutzen bzw. Erkenntnisgewinn diese Besuche erbringen könnten (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Bei der „RüNet“ am 4. September 2024 in Koblenz hat der Abteilungsleiter Rüstung des BMVg als Keynotespeaker in seiner Funktion als Nationaler Rüstungsdirektor der Bundesrepublik Deutschland teilgenommen.

Veranstaltungen wie die „RüNet“ dienen dem allgemeinen Erfahrungsaustausch und Lagebildabgleich. Die Bundeswehr ist auf eine professionelle Zusammenarbeit mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zwingend angewiesen.

18. Inwieweit ist es für die Bundesregierung grundsätzlich denkbar, dass das BAAINBw das Vorhaben der Stadt Koblenz unterstützt, sich als attraktiven Standort für Messen und Unternehmen der Rüstungsindustrie zu empfehlen und zu bewerben (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Gewerbeansiedlungen liegen in der Hand der jeweiligen Kommunen. Das BAAINBw als öffentlicher Auftraggeber ist zur Neutralität verpflichtet.

